

## **Fehlender Pluralismus beim Engagement gegen Rechtsextremismus: Geplante Einführungsrede der Kundgebung gegen Rechtsextremismus am Königsplatz in München am 8. Juni 2024!**

Die Demonstration am 8. Juni 2024 hat die gewünschte Wirkung nicht erzielen können. Die Organisatoren hätten sich pluralistisch aufstellen müssen. Da dies ausblieb, wurde die Kundgebung zur Wahlveranstaltung für linke Parteien.

### **Um dies zu zeigen hole ich ein wenig aus:**

Seit vielen Jahren ist ein Schwerpunkt meiner Arbeit alle Formen von Extremismus. Das Gesellschaftswissenschaftliche Institut München, bei dem ich erste Vorsitzende bin, forscht und engagiert sich zu diesem Thema. Der Hauptschwerpunkt unserer Arbeit ist „Rechtsextremismus“. Gerade der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ist unser wichtigstes Anliegen. Wir schaffen auch Verbindungen zwischen Menschen aus der politisch linken und rechten Seite. In den letzten Monaten wurden einige Demonstrationen gegen „Rechts“ oder eben gegen Rechtsextremismus organisiert. Dabei wurde übersehen, dass eine Demonstration, die sich gegen „Rechtsextremismus“ positioniert, Menschen mitnehmen sollten, auch diejenigen, die sich in der Mitte oder auf der rechten Seite des demokratischen Spektrums bewegen. Nur wenn auch Menschen zu Wort kommen dürfen, die konservative Werte vertreten, wird die Demonstration eine Wirkung entfalten können. Nur dann werden Kräfte gebündelt.

Wenn dies ausbleibt, was stets der Fall ist, gibt es viele Menschen, die solche Veranstaltungen als linke Veranstaltung verbrämen und es kann sogar dazu führen, dass genau diejenigen gestärkt werden, die doch gerade geschwächt werden sollten. Zusätzlich wird die Spaltung in der Gesellschaft zwischen rechten und linken demokratischen Kräften größer.

Nun sollte ich auf einer solchen Demonstration am 8. Juni 2024 auf dem Königsplatz in München den Einführungsvortrag halten. Da ich mich in meinen Aufgaben im Institut und als Politikwissenschaftlerin als Bindeglied zwischen der politisch linken und rechten Seite begreife, fand ich dies für den Zweck der Demonstration sinnvoll und der Aufgabe des Institutes wäre zudem Rechnung getragen worden.

Die Sache kam anders: Sowohl politikwissenschaftlich als auch auf Ebene meiner Arbeit im Institut verteidige ich auf verschiedenen Ebenen die Demokratie. Dies heißt auch, dass ich auch Linksextremismus und Islamismus kritisiere. Aufgrund meiner Kritik an anderen Extremismen, die unsere Demokratie ebenfalls bedrohen, wurde ich kurzfristig ausgeladen.

Mir wurde eines klar: Personen aus der politischen Mitte oder auch konservative und liberale Menschen sind bei Demonstrationen gegen Rechtsextremismus ausgeschlossen, da sie möglicherweise nicht die Ansicht der meisten Teilnehmenden vertreten könnten. Ich frage mich aber: Warum sind gerade diejenigen so eng in ihrem zu respektierenden Meinungsspektrum, die von sich das Gegenteil behaupten? Warum wird Pluralismus nicht gelebt, solange er, im Falle der Kundgebung gegen Rechtsextremismus, eben gegen Rechtsextremismus agiert? Kurzum: Das demokratische Spektrum wurde auf das politisch linke Spektrum reduziert.

Durch meine umfangreichen Netzwerke war natürlich klar, dass dies zum kurzfristigen Fernbleiben großer Gruppierungen von der Kundgebung geführt hat. Die Kundgebung war schlecht besucht. Nach Polizeiangaben waren es gerade mal 5000 Personen.

Besonders traurig daran war, dass die Demonstration, die sich doch gegen Rechtsextremismus positionieren wollte, sich wiederholt nur gegen „rechts“ positioniert hat – wie bereits andere Demonstrationen davor.

„Rechts“ ist aus der Sichtweise der Organisatoren abzulehnen und betrifft alles, was nicht politisch links ist. Die politische Mitte liegt demnach auch „rechts“.

Dass die Ansprache von mir als Vertretung der Politikwissenschaft und des Gesellschaftswissenschaftlichen Institutes ein bindendes Glied zwischen den verschiedenen demokratischen Kräften gewesen wäre, kam den Organisatoren nicht in den Sinn. Auch die Idee der Abbildung des Pluralismus war abwegig. Pluralismus heißt, dass wir politisch nicht einer Meinung sein müssen, aber uns in einem einig sind; wir alle wollen die Demokratie schützen.

Diese Kundgebung präsentierte sich traurigerweise wiederholt durch eine Reinform von „Cancel Culture“ oder gar als Wahlkampfveranstaltung (am Tag vor der Wahl zum Europaparlament), vergrößert damit die Spaltungen zwischen den demokratischen Gruppierungen und schreckt viele davon ab, den linken Parteien ihre Stimme zu geben.

In der politikwissenschaftlichen Analyse ist es sogar wahrscheinlich, dass aufgrund solcher Kundgebungen viele Menschen regelrecht zur AfD getrieben werden, aus Frust über die politisch linken Bewegungen, die ein sehr verengtes demokratisches Weltbild präsentieren, in welches Menschen anderer demokratischer Gesinnungen keinen Platz finden. Die Wünsche vieler Menschen, die beispielsweise die Migration politisch anders regeln wollten, werden dabei nicht berücksichtigt.

Die Wut der Bürgerinnen und Bürger gegen „links“ wird immer größer; das hat sich dann an den Wahlen am 9. Juli 2024 auch gezeigt. Immer mehr Menschen sehen in der Wahl der AfD den Widerstand gegen „links“ oder konkreter gegen die Ignoranz ihrer Wünsche- auch diese Annahme wurde durch Wahlumfragen bestätigt. Sie fühlen sich nicht gesehen und werden nicht berücksichtigt.

Es wäre besser gewesen, wenn die Besucher der Demonstration die Gelegenheit bekommen hätten, Menschen aus der politischen Mitte oder der rechten Seite wahrzunehmen. Auch wäre es sinnvoll gewesen, die Politikwissenschaft zu Wort kommen zu lassen; in diesem Fall hätte dies bedeutet, mich als Bindeglied wahrzunehmen und meine Analyse zu hören, die die Ursachen von Rechtsextremismus thematisiert hätte:

### **Rede der Kundgebung am 8. Juni 2024 am Königsplatz in München:**

Immer wieder und immer häufiger macht die AfD mit Radikalisierungen auf sich aufmerksam. Ob es Halemba, Höcke oder Krah ist... es mangelt an demokratischem Grundverständnis.

Klar ist: Die Radikalisierungen nehmen zu – dies kann für die Demokratie in der Bundesrepublik gefährlich werden.

Was da passiert erinnert bisweilen an die Endphase der Weimarer Republik, in der extremistische Bewegungen die Mitte zermalmt und der Nationalsozialismus als Sieger hervorging.

Nun feierten wir vor kurzem den 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes. Das Grundgesetz entstand nicht nur, weil wir den Krieg verloren und den Holocaust hinter uns gelassen haben, sondern es hat tieferliegende Gründe.

Unsere Demokratie ist das Ergebnis eines längeren Prozesses. Vor über 200 Jahren begann in Europa in Folge von Aufklärung, Französischer Revolution, die Abschaffung der Ständegesellschaft, Kriege oder Säkularisierungsprozesse, die Idee der Menschenrechte konkreter zu werden. Dies zusammen mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert hat die Entwicklung des Kapitalismus und der Demokratie ermöglicht.

Die Kriege in Europa erforderten Zusammenhalt – aber auch Abgrenzung.

Der Grundstein der Demokratie war gebaut innerhalb von Grenzen, in denen man sich über die gemeinsamen Regeln einig wurde. Der demokratische Nationalstaat war geboren. Die Idee des Nationalstaates bedurfte aber einer Nation. Diese sollte möglichst homogen sein – denn wie sonst konnte die Nation zu diesem Zeitpunkt definiert werden? Brauchte man doch Gemeinsamkeiten gegen andere Länder, vor allem gegen Frankreich.

In Deutschland hat NACH der Gründung des Deutschen Reiches 1871 die Politik und die Schulbildung nachgeholfen. Die Menschen wurden zu vaterlandsliebenden Menschen oder – in der Übersteigerung - bisweilen zu Nationalisten erzogen. Vorbildern fand man bspw. bei den Germanen. Bürgerinnen und Bürger aller Parteien waren auf das Deutsche Reich stolz, wenn auch nicht unbedingt mit der konkreten Politik und die Demokratie war auch nicht das, was man sich darunter vorgestellt hatte.

Dieser Stolz auf die deutsche Nation wurde von einigen Gruppen überhöht, was zur Folge hatte, dass es Menschen ausschloss, die kein „germanisches Blut“ hatten. Dies legte die Grundlage für den Nationalsozialismus, wie er von Hitler in der Weimarer Republik aufgenommen werden konnte und im 3. Reich ihren Höhepunkt fand.

Bei alledem wird klar: Die Demokratie und der Nationalstaat brauchen Grenzen, denn eine Weltdemokratie ist zwar eine schöne Vorstellung, liegt jedoch in weiter Ferne. Diese Grenzen verpflichten uns, im demokratischen Prozess festzulegen, wer dazugehören darf und wer nicht.

Das Problem: Was machen wir mit den Menschenrechten? Menschenrechte gelten für alle.

Wir haben ein Dilemma, welches die Menschen die hier leben und die Politik beständig ausfechten muss. Rechtsextremisten zufolge dürfen nur bestimmte Menschen dazugehören, nur die bekommen Menschenrechte. Sie übersehen, dass unsere Freiheitsrechte auf Menschenrechte beruhen. Wenn Rechtsextremisten unser Land regieren würden, wäre es also um die Menschenrechte schlecht bestellt.

Nun hat uns der Zivilisationsbruch des Dritten Reiches das Grundgesetz beschert. Allen war klar: Wir wollen keinen Extremismus.

Heute, 75 Jahre später, sehen wir, dass sich nationalistische bzw. rechtsextremistische Haltungen aufrechterhalten und sogar verstärken. Gerade die letzten Monate haben uns nochmal verdeutlicht:

Wir sind es, die die Demokratie schützen können.

Wir sind der gelebte Verfassungsschutz!

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Demokratie genutzt wird, um diese abzuschaffen.

Nur solange sich die meisten dafür einsetzen, kann sie funktionieren.

Aber: Dies verpflichtet uns auch:

Wenn wir eine Demokratie wollen, heißt dies nicht nur verschiedene Kulturen anzuerkennen, sondern diese Verpflichtung geht weiter:

1. Jeder Einzelne ist gefragt, verschiedene Meinungen – solange sie im demokratischen Rahmen sind - zu respektieren -... es gibt nicht nur eine Meinung.

Und jetzt kommt das noch Entscheidendere:

2. Jeder von uns ist aufgefordert, Extremismen aller Art abzulehnen und sich in allen Belangen für eine freies, demokratisches Land einzusetzen – das heißt auch sich gegen die AfD aufzulehnen.

Wir müssen der AfD entgentreten, weil sie dem Nationalsozialismus immer ähnlicher wird.

Die AfD...

- verharmlost die NS-Zeit,
- lehnt unsere Demokratie ab,
- vertritt ein rückständiges Frauenbild, welches wir bestimmt nicht mehr wollen oder
- agiert rassistisch.

Wir können schon gleich morgen etwas tun und unsere Stimme für Demokratie und gegen Rechtsextremismus erheben.

Karin Schnebel